

Liebe Freundinnen und Freunde,

DIE LINKE unterstützt das Bündnis Umfairteilen. Einen Antrag zur Unterstützung der Forderungen des Bündnisses haben wir am 25.09.2012 im Vorfeld des damaligen Aktionstages im Deutschen Bundestag eingebracht.

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/107/1710778.pdf>

Die anderen Fraktionen im Deutschen Bundestag haben sich in der Plenardebatte jedoch erwartungsgemäß ablehnend zu unserem Antrag geäußert.

DIE LINKE hat sich auch frühzeitig für eine jährliche Millionärssteuer in Höhe von 5 Prozent sowie eine einmalige Krisenabgabe auf Vermögen über eine Million Euro eingesetzt. Wir wollen darüber hinaus Steueroasen austrocknen indem wir deutschen Finanzkonzernen verbieten, in solchen Oasen tätig zu sein.

Doppelbesteuerungsabkommen mit unkooperativen Staaten müssen sofort gekündigt und Banken aus diesen Staaten die Lizenz in Deutschland entzogen werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, nach dem Vorbild des FATCA (Foreign Account Tax Compliance Act) in den USA die in Deutschland tätigen Banken dazu zu zwingen, Informationen über Finanzanlagen deutscher Staatsbürger im Ausland an die deutsche Finanzverwaltung weiterzugeben. Leistungslose Einkommen aus Vermögen dürfen nicht länger niedriger besteuert werden als Einkommen aus Arbeit. In diesem Sinne fordern wir die sofortige Abschaffung der Abgeltungssteuer auf private Kapitalerträge, die unter dem damaligen Finanzminister und heutigen SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück eingeführt wurde.

SPD und GRÜNE haben während ihrer Regierungszeit die Steuern für Konzerne und Super-Reiche gesenkt. Die SPD verspricht nun zwar erneut eine Vermögensteuer, will aber Betriebsvermögen weitgehend ausklammern. Der grüne Ministerpräsident Baden-Württembergs, Winfried Kretschmann, wirbt für eine ähnliche Lösung bei den GRÜNEN. SPD und GRÜNE würden die Besteuerung von hohem Vermögen so nur vortäuschen. Denn sie bauen gleich ein Steuerschlupfloch ein. Mit diesem Steuerkonzept muss der Picasso des Firmenchefs nur der Firma statt dem Privatvermögen zugeordnet werden, und schon ist die Steuer hinfällig.

DIE LINKE will auch Betriebsvermögen erfassen. Generell verfolgen wir jedoch den Ansatz, hohe Freigrenzen von 1 Million Euro und gesonderte Freigrenzen für Betriebsvermögen zu gewähren, dafür jedoch sehr hohe Vermögen stärker zu besteuern. Damit schonen wir den Mittelstand, ohne unnötige Steuerschlupflöcher zu verursachen.

DIE LINKE wird dafür sorgen, dass die Forderungen des Bündnis Umfairteilen auch nach der Wahl noch Unterstützung im Deutschen Bundestag erfahren.

Mit den besten Grüßen,

Sahra Wagenknecht

Sahra Wagenknecht, MdB
Erste Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE

Deutscher Bundestag
JKH 4.843
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030-227-72153
Fax 030-227-76153
sahra.wagenknecht@bundestag.de
www.sahra-wagenknecht.de

Klick das Gegen-Medium: www.weltnetz.tv